

Ist die definitive Demolierung der universitären Lehre und Forschung in Österreich noch aufzuhalten?

Gero Fischer

Vorbemerkung

Die österreichische Hochschulpolitik ist derzeit offensichtlich nicht im Stande und vielleicht auch nicht einmal willens positive und nachhaltige Entwicklungsimpulse zu setzen. Nach dem unlängst erfolgten Schlag gegen die außeruniversitäre Forschung wird die Zerstörung und Provinzialisierung der Wissenschaft in Österreich konsequent fortgesetzt. Inzwischen geht dies ohne nennenswerten Widerstand von statten.

Im Namen der Budgetkonsolidierung

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat die vollständige Einstellung der Förderung von Einzelpublikationen, Reihen und Zeitschriften, sowie Symposien „auf Grund der Maßnahmen zur Budget-Konsolidierung“ ab 1.1. 2012 beschlossen. Infolge dessen werden einige Fachzeitschriften und wissenschaftliche Reihen eingestellt werden müssen. Das wird vor allem geisteswissenschaftliche Fächer treffen. Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Fachverlage – von denen es in Österreich ohnedies nicht so viele gibt – wird es daher zu einer „Marktberreinigung“ kommen. Wenn Publikationsmöglichkeiten und der wissenschaftliche Austausch aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden – Sponsoring und Drittmittelleinwerbung sind kein Ersatz für öffentliche Budgetierung – fallen wesentliche Anreize, warum sich z.B. internationale Wissenschaftler für österreichische Professuren bewerben sollen. Mit der Einstellung von Publikationsorganen und der Reduktion wissenschaftlicher Konferenzen verliert die österreichische Wissenschaft internationale Reputation und Bedeutung. Dieser in den Folgewirkungen ungeheuerliche Anschlag auf die wissenschaftliche Forschung in Österreich hat in den Medien nur einen minimalen Widerhall gefunden und ist dementsprechend auch in der Öffentlichkeit weitestgehend ignoriert worden.

Allarmierend ist die Meldung der Rektorenkonferenz¹, dass, sollten ab 2013 nicht 300 Mio € pro Jahr zusätzliche Mittel für den Hochschulsektor bereit gestellt werden, an die 3000 universitäre Lehrkräfte abgebaut werden müssen. Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz machte weiters klar, dass wenn es im Rahmen einer Studienplatzfinanzierung künftig pro Student ein ähnliches Budget wie an guten internationalen Unis geben solle, müssten die Mittel für die Unis um ein Drittel steigen. Auch am Ziel, dass zwei Prozent des BIP für die tertiäre Bildung zur Verfügung stehen sollen, hält er weiter fest. Aufgrund der derzeitigen Budgetsituation sei nämlich „in einigen Bereichen der Zug bereits abgefahren oder kurz davor“, da die Universitäten sich weder die beste Infrastruktur noch die besten Forscher leisten könnten.² Seitens des zuständigen Ministeriums verlautet auch nichts darüber, wie es auf den zu erwartenden erhöhten Zustrom von Studierenden aus Deutschland wegen des Aussetzens der Wehrpflicht und der Verkürzung der Sekundarstufe um ein Jahr zu reagieren gedenkt. Eine weitere Verschlechterung der derzeit schon bedenklichen Betreuungsverhältnisse in vielen Studienrichtungen ab Herbst 2011 muss wohl als sicher angenommen werden.

Be- und Verhinderung des akademischen Nachwuchses

In Sachen Bildung und Universitäten reagiert die Politik nach einem Muster der Umkehr von Ursachen und Wirkung: Sie setzt Reformen / Reparaturen nicht an der jahrzehntelangen Unterfinanzierung der Universitäten und der konsequent verfehlten Strategie für die Entwicklung der Hochschulen an, den hauptverantwortlichen Faktoren für die miserablen Lehr- und

¹ APA 1.4.2011

² APA 1.4.2011

Studienbedingungen. Vielmehr ignoriert diese Versäumnisse und lastet die Folgen dieser Politik den Studierenden an, indem sie drastisch verschlechternden Studienbedingungen, verschärfte Aufnahmeverfahren und Prüfungen, bürokratische Hürden in Kauf nimmt. Wird nun die steigende Zahl der Studierenden – in anderen Ländern eine Kennziffer für den Erfolg des Bildungswesens – als Ursache für die herrschenden Zustände ausgemacht, dann scheint zwangsläufig der Schlüssel zur Verbesserung der Studienverhältnisse alternativlos in der Reduktion der Studierenden zu liegen. Außerdem: Das Ausbremsen und Reduzieren von Studierwilligen ist in jeder Hinsicht ein billigeres Verfahren als entsprechende Investitionen und Ressourcenaufstockung im Bildungsbereich. Das erklärt die hektischen Entwicklungen auf dem Gebiet restriktiver Studien Zugangsregelungen.

STEOP – Instrument zur Einschüchterung und Abwehr

Die unlängst von der Regierung beschlossene STEOP (Studieneingangs- und Orientierungsphase) ist diesbezüglich der letzte Schrei (vielleicht sogar wörtlich) und stellt sich derzeit als ein überstürztes Konzept (übrigens mit geplantem Auslaufdatum in drei Jahren) dar. Sie ist keine auch nur annähernd adäquate Antwort auf die anstehenden Probleme, vielmehr ist zu hoffen, dass sich im kommenden Herbst chaotische Zustände und kolossale Kollateralschäden vermeiden lassen werden³. Nur ein Beispiel: Ursprünglich sollte es eine einheitliche Deadline (Ende August) für die verbindlichen Anmeldung (bzw. die Aufnahmeprüfung) für alle Studienrichtungen geben. Mittlerweile stellt sich immer mehr heraus, dass die Anmeldung in den meisten Studienrichtungen nun individuell, d.h. völlig unterschiedlich gehandhabt wird. Dieser Sachverhalt wurde den Maturanten bisher keineswegs in adäquater Weise kommuniziert. Völlig unklar ist, wie unter diesen Umständen Schüler, die im September einen Matura-Nebentermin wahrnehmen müssen, ihre Chance auf ein Studium im WS 2011 wahren können. Wurde diese Problematik bloß übersehen, oder ist es Absicht, die „zu spät gekommenen Maturanten“ quasi abzustrafen. Jedenfalls Kollateralschäden dieser Art sind fester Bestandteil der neuen Regelungen.

Die STEOP ist übrigens zumindest teilweise ein Etikettenschwindel: Für eine „Orientierung“ (das „O“ in dem Kürzel) sind keinerlei erkennbaren Maßnahmen vorgesehen. Die STEOP (sie gilt als Alternative zu Aufnahmeprüfungen) ist ein ausgesprochen restriktives Instrument mit dem Ziel, den Zugang zu den Universitäten de facto zu limitieren (unter der Wahrung des formalen Titels des „freien Hochschulzuganges“). So wie diese Zugangsregelungen angelegt sind – auf Grund der verordneten „Billigkeit“ (d.h. „Kostenneutralität“) – sind sie gar nicht in der Lage, die Stärken und Schwächen der StudienbewerberInnen seriös zu bewerten und – das wäre die „Orientierung“ – ihnen gegebenen Falls Alternativen aufzuzeigen bzw. vorzuschlagen. Dass die STEOP der Intention nach gar nicht angelegt ist, die Studierenden zu „orientieren“, ihnen auch eine Hilfe zu sein oder eine Bewährungschance zu geben, kann man auch daran ablesen, wie gravierend das Prüfungsrecht zu Ungunsten der Studierenden verändert wurde und wie rigoros die Konsequenzen sind: In der STEOP sind keine kommissionellen Prüfungen mehr möglich und man darf nur zwei Mal zu LV-Prüfungen antreten. Wer scheitert, ist für die gewählte Studienrichtung gesperrt, wer Lehrveranstaltungen, die Teil mehrerer Studienpläne / Studienrichtungen sind, nicht schafft, kann sich dann gleich alle involvierten Studien von seiner Wunschliste streichen.

An euphemistischer, die realen Verhältnisse kaschierender Begleitmusik zu diesen Neuerungen indes fehlt es nicht, was bei den Betroffenen kaum als etwas anderes als Zynismus ankommen kann. Es macht die Sache auch nicht besser, wenn im Zusammenhang mit der STE-

³ In meinem Artikel „STEP ganz neu“ (<http://slawistik.univie.ac.at/studium/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>) habe ich grundlegende Fragen dieser Eingangsphasen diskutiert, die derzeitigen Vorschläge und Realisierungsformen scheinen alle bösen Vorahnungen noch zu übertreffen.

OP die Sprachregelung von „Knock-in“ statt von Knock-out zu empfohlen wird.⁴ Die Wirklichkeit ist geprägt von Abwehr, Ver- und Behinderung von Studierenden, Verschlechterung der Studienbedingungen, die bloße Präsenz des Begriffs „Förderung“ wird man in diesem Diskurs überhaupt vergebens suchen.

Es wird sicher nicht lange dauern, bis Privatinitiativen entstehen, die für Wohlfeiles Hilfen wie Trainings- und Vorbereitungsprogramme etc. für besonders begehrte Studien anbieten (wie bereits für den EMS-Test des Medizinstudiums Realität, in einigen osteuropäischen Ländern haben sich diesbezügliche Programme schon etabliert und als profitabel bewährt). Dass diese Entwicklung eindeutig sozial diskriminierende Folgen hat ist klar. Nicht jeder kann sich diese kommerziellen Einstiegshilfen bzw. allfällige Warteschleifen leisten. Das Hinterhältige der neuen Zugangsregelungen ist, dass für das individuelle Scheitern an den Eingangshürden die Studierenden allein verantwortlich gemacht werden und nicht die seit Jahrzehnten verlüderte Hochschulpolitik, die derartige Zustände verschuldet hat.⁵

Akademischer Nachwuchs

Die Abdrängung Studierwilliger findet in den prekären Karriereaussichten für den akademischen Nachwuchs ihre Entsprechung. Das Argument von der Budgetnot im Wissenschafts- und Bildungsbereich dient immer häufiger dazu, z.B. Arbeits- und Dienstverhältnisse zu rechtfertigen, die die „alten“ Personalkommissionen (nach UOG) nie gebilligt hätten. Beschäftigungsverhältnisse werden zur Normalität, die akademisches Prekariat geradezu heraufbeschwören. So werden z.B. (durch Pensionierungen, Ausscheiden etc.) frei gewordene Stellen nur zu 50% (oder weniger) ausgeschrieben oder auf „billigere“ Kategorien heruntergestuft. Für viele Nachwuchswissenschaftler ergeben diese Arbeitsbedingungen eingebettet in restriktiv ausgelegte Kettenvertragsregelungen und geringe Aussichten auf unbefristete Beschäftigungsverhältnisse kaum plan- und zumutbare Perspektiven. Überbrückungen über ausreichend finanzierte Projekte sind schon längst zu Narrativen aus der Vergangenheit geworden. Die Forderung nach großzügigen Stipendien bzw. einem entsprechenden Angebot von Dienstverhältnissen für Doktorandi und Habilitandi ist immer noch unerfüllt aktuell, den Bewerbern und vor allem den Bewerberinnen (!) eine ihrer Qualifikation unter entsprechenden Arbeitsbedingungen adäquate Existenz und akademische Karriere planbar zu ermöglichen. Wer trotz aller bestehenden Widrigkeiten von einer akademischen Karriere träumt, ist gut beraten, diese im Ausland zu versuchen.

Zwischenresümee

Unter den gegebenen Verhältnissen muss es den politisch Verantwortlichen durchaus wünschenswert erscheinen, wenn ein möglichst hoher Prozentsatz von Studienwerbern an den Hürden der Studieneingangsphase scheitert, oder alsbald frustriert aufgibt, weil dann Sparziele an den Hochschulen einfacher erreichbar sind.

Im gesamten hochschulpolitischen Diskurs, in den Debatten zum Hochschulzugang und auch zur akademischen Nachwuchs vermisst man den Begriff der Förderung zusehends. Förderung und Entwicklung des intellektuellen Potenziales erscheint ein so überflüssiges Ziel zu sein, dass darüber kaum mehr Worte verloren werden müssen.

Dequalifizierung der Lehrerausbildung

Verschlechterung der Ausbildungsverhältnisse lässt sich auch in den derzeit vorliegenden Plänen für die künftige Lehrerausbildung ausmachen. Sie sind ein wenig inspiriertes Sam-

⁴ APA 18.1.2011 Davon abgesehen: Die Grundbedeutungen des Verbs to knock sind für den konkreten Kontext unfreundlich genug, warum dann dieses Sprachbild?

⁵ Vgl. dazu auch: Enrique Fernández Darraz, Gero Lenhardt, Robert D. Reisz, Manfred Stock: Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit. Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft. Bielefeld, 2010

melsurium von auf parteipolitische Kompromisse hin getrimmten Vorstellungen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist die buchstäbliche „Billigkeit“ und nicht das, was für das Bildungs- und Hochschulwesen sinnvoll und notwendig wäre. Die Rektorenkonferenz hält eine akademische Ausbildungsdauer von fünf Jahren für Pädagogen für ein unabdingbares Minimum, die Politik hingegen phantasiert noch immer von 3-4 Jahren und einem berufsbegleitenden Master (vor allem für Leitungsfunktionen, künftige Schuldirektoren, Schulinspektoren und Karrieren in der höheren Schulbürokratie udgl.). Ich habe an anderer Stelle gegen eine Verkürzung der Ausbildung argumentiert, da dies nur auf Kosten deren Qualität geschehen kann⁶. Gegenüber dem bisherigen Standard würde die neue Regelung eine klare Dequalifizierung bedeuten, wobei insbesondere philologische Fächer zu leiden hätten. So würde das neue Lehramtsausbildungsmodell wesentlich schlechter ausgebildete Sprachlehrer für die Schulen reproduzieren mit entsprechenden fatalen Folgen für die Qualität der Sprachausbildung. Auch wenn diese politisch nicht direkt gewollt sind, so sind sie eine zwingende Begleiterscheinung dieser Art von Bildungs- und Hochschulpolitik.

Schlussbemerkungen oder: Der offensichtlich gewollte Absturz in die Mittelmäßigkeit (oder noch darunter)

Die österreichische Bildungs- und Hochschulpolitik hat eine verheerende Dynamik entwickelt, die zur Entwertung wissenschaftlicher Tätigkeit in der Gesellschaft beigetragen hat. Es ist dies ein nicht zu verantwortbarer Anschlag auf die akademische Jugend. Die jahrelange Ideen- und Konzeptlosigkeit der Wissenschafts- und Hochschulpolitik, insbesondere aber der Mangel an Transparenz und eine ausgesprochen lückenhafte Kommunikation – die Betroffenen auf allen Ebenen werden in die Entscheidungsprozesse nicht eingebunden und empfinden viele Entscheidungen als diktatorische Verfügungen. Die aktuelle Situation an den Universitäten ist demotivierend für Lehrende, Forschende und insgesamt für die künftige akademische Generation.

Dass sich an den Universitäten kein nennenswerter Widerspruch regt, hängt mit den Erfahrungen zusammen, dass in den letzten Jahren inhaltliche Argumente im Diskurs mit der herrschenden Politik keinen Widerhall fanden. Daher macht sich die Einsicht breit, dass es sinnlos geworden ist, sich in Hochschulpolitik einzubringen. Widerstand regt sich nur sporadisch und nicht einmal medienwirksam. Auf die Ankündigung der Streichung der Subventionen für wissenschaftliche Publikationen und Tagungen wurde kaum lauwarm mit einer Unterschriftenaktion im Internet reagiert, es gab aber nicht einmal eine Pressekonferenz oder sonstige Versuche die Problematik einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen, oder zumindest zu versuchen politischen Druck zu erzeugen. Die sich verschlechternden Verhältnisse werden zunehmend stillschweigend und höchstens zähneknirschend akzeptiert. Die Politik der ruinösen Einsparungen stellt für die akademische Forschung und Lehre und vor allem für die künftige Generation ein reines Desaster dar. Eines ist sicher: Unter den gegebenen materiellen und personellen Bedingungen ist selbst die bloße Aufrechterhaltung der bisherigen Qualität von Lehre und Forschung unbegründetes Wunschdenken.

Wien, April 2011

⁶ vgl.: Gero Fischer: Was die Reform der Lehramtsstudiums zu versprechen droht.

In: <http://slawistik.univie.ac.at/studium/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>